

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 294

Sonnabend, den 18. Dezember 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Da die Stelle des Kassierers im Gemeindeamt Pulsnitz M. S. neu zu
besetzen ist, wollen Bewerber, welche im Steuer- und Kassenwesen bewandert sind, ihre
schriftlichen Gesuche bis spätestens 30. Dezember d. J. im Gemeindeamt daselbst
einreichen.
Der Gemeinderat.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

General v. Pawelsz berichtet in Berlin über seine Verhandlungen mit
der Volschastertorferenz in Paris.
Vor dem französischen Kriegsgericht in Landau begann der Prozeß we-
gen des Vorfalles in Gernersheim.
Ende Januar beginnt der Prozeß gegen den Landgerichtsdirektor
Zürgens.
Die Verurteilungen im Prozeß gegen den Juwelenräuber Spruch wurden
verworfen.
Die Berliner Morgenblätter geben eine unverzügliche Meldung aus
Newyork wieder, daß der Kaiser von Japan gestorben sei.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Das Weihnachtsmärchen) Kottkopf
Förge wird heute um 7 Uhr noch einmal aufgeführt. Er-
werblos, die sich ausweisen, Sozial- und Kleinrentner zahlen
40 Pf. Eintrittsgeld, andre Besucher 80 Pf.

Pulsnitz. (Vollbildungsverein.) Nächsten
Dienstag spricht Herr Dr. Kaphahn über Wirtschaftsfragen.
— Der Singkurs ist beendet.

Pulsnitz. (Bedeutung kirchliche Wahlen.)

Die Einführung der neuen Kirchenverfassung am 1. Oktober
gibt immer wieder Veranlassung, auf die Bedeutung der
neuen kommenden Landesynode hinzuweisen. Nunmehr ste-
hen wir vor dem Wahltag zu diesem Kirchenparlament, das
in seinen Händen bedeutende Befugnisse vereinigt. Die Wäh-
len sind für Sonntag, den 19. Dezember ausgeschrieben.
Für unseren Pulsnitzer Bezirk kommt der Wahlkreis Baugen-
Ramenz in Frage; Wahlkommissar ist Bürgermeister Dr.
Förster-Baugen. Im Wahlbezirk sind ein Geistlicher und
2 Laien zu wählen, deren Namen in einem amtlichen Wäh-
lervorschlag enthalten sein müssen. Auf diesen amtlichen
Wahlvorschlägen stehen: Pfarrer Ruf-Schmorlau,
Rantor Hantschke-Purschwig, Oberstudienrat
Eisenschmidt-Baugen, Studienrat Morgen-
besser-Wichowszwerda und Hofrat Rentsch-Ka-
menz. Zur Wahl berechtigt und verpflichtet sind die Mit-
glieder der kirchlichen Gemeindevertretungen. Jeder Stim-
mzettel soll soviel Namen geistlicher und weltlichen Standes
enthalten, als zu wählen sind. Namen, die nicht in einem
der angegebenen Wahlvorschläge enthalten sind, bleiben un-
berücksichtigt. Der Wahlvorschlag muß in geschlossenem Um-
schlag übergeben werden. Ist auf dem Stimmzettel die
Person eines Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen, so
hat der Name als nicht geschrieben zu gelten. Sind auf
dem Zettel mehr als die zulässige Anzahl Namen enthalten,
so gelten die Namen wählbarer Personen der Reihenfolge
nach bis zur Erfüllung der Wahlzahl, während die nach-
folgenden Namen als nicht geschrieben gelten. Die Fest-
stellung des Wahlergebnisses erfolgt durch den Wahlkommissar.
Als gewählt gilt, wer die Mehrheit der sämtlichen abgegebenen
Stimmen auf sich vereinigt. Wird solche nicht erzielt, so
beraumt der Kommissar alsbald eine Nachwahl ein, bei der die
einfache Stimmenmehrheit, im Falle der Stimmengleichheit
das Los entscheidet. Die Ergebnisse der Wahl werden mög-
lichst bald bekanntgegeben werden.

(Weihnachts- und Neujahrskarten.) Die
Nachrichtsstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Ohne
Umschlag versandte gedruckte Weihnachts- und Neujahr-
karten, die den Bestimmungen für Postkarten entsprechen

Das Kabinett Marx gestürzt

Rundgebung der Deutschen Volkspartei — Die entscheidende Sitzung des Reichstages
Erste Pariser Stimmen zum Sturz der Reichsregierung — Die Regierung mit der Weiter-
führung der Geschäfte beauftragt — Die Berliner Presse zur Lage

Verhandlungen über Umbildung des Reichskabinetts.

Graf Westarp bei Hindenburg. — Die Ent-
scheidung beim Zentrum.

⚡ Berlin. Reichspräsident von Hindenburg
empfangt den Reichkanzler Dr. Marx zum Bericht über die
innerpolitische Lage sowie ferner den Vorsitzenden der Frak-
tion der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp.

Das Zentrum hat sich noch nicht entschließen können,
sich an Verhandlungen mit den Deutschnationalen über eine
Erweiterung der Regierung nach rechts zu beteiligen. Die
Fraktion der Deutschen Volkspartei hat beschlossen,
dem Zentrum und den Demokraten eine offizielle Mitteilung
zuzutragen zu lassen, daß die

Volkspartei einen gemeinsamen Schritt bei den Deutsch-
nationalen für notwendig hält.

um über die neue Regierungsbasis Klarheit zu gewinnen.

Zur Ausführung dieses Vorhabens ist es bis jetzt noch
nicht gekommen. Reichkanzler Marx hat die Absicht ge-
äußert, seinerseits nicht in Verhandlungen mit der Rechten
einzutreten. Ob die Zentrumsfraktion angesichts der beab-
sichtigten Einwirkung der Deutschen Volkspartei, an der sich
wohl auch die Bayerische Volkspartei beteiligen
wird, und angesichts der auch vom Arbeitsminister Dr. Brauns
vertretenen Wünsche nach Verhandlungen mit rechts sich
weiterhin diesen Wünschen gegenüber ablehnend verhalten
wird, bleibt dahingestellt.

Die Deutschnationalen haben sich auf den Standpunkt
gestellt, daß sie ein Angebot der Regierungsparteien ein-
schließlich des Zentrums erwarten müssen und daß sie, wenn
dieses nicht erfolgt, dann genötigt sein werden, für den Miß-
trauensantrag der Sozialdemokraten zu stimmen.

In demokratischen Kreisen wird immer noch
der Gedanke erörtert, daß nach einem eventuellen Sturz des
Kabinetts durch einen angenommenen Mißtrauensantrag
eine Linkskombination versucht werden könnte, aber die
Deutsche Volkspartei und die Bayern stehen entschieden auf
dem Standpunkt, daß dies eine Unmöglichkeit darstellt. Diese
Ueberlegung ist vor allem von der

Rücksicht auf die Außenpolitik

beeinflusst, da im jetzigen Augenblick ein Wechsel im Außen-
ministerium untunlich erscheint und da andererseits ange-
sichts der durch die Rede Scheidemanns entstandenen Span-
nung zwischen der Volkspartei und den So-
zialdemokraten das Verbleiben des jetzigen Außen-
ministers in einer reinen Linkskombination ebenso unwahrscheinlich ist.

Es kommt also auf das Zentrum an, ob es sich endlich
bereit erklärt, in Verhandlungen mit den Deutschna-
tionalen einzutreten.

Das Kabinett Marx gestürzt.

Am Freitag wurde über das Mißtrauensvotum
gegen die Regierung abgestimmt. Von insgesamt 420
Abgeordneten stimmten 249 mit Ja und 171 mit Nein.
Die Annahme des Mißtrauensantrages wurde von ein-
zelnen Abgeordneten der Sozialdemokratie mit Bravo-

rufen begrüßt. Als Präsident Lübe erklärte, daß nach
diesem Abstimmungsergebnis der Mißtrauensantrag
gegen den Reichswehrminister Geßler erledigt sei, riefen
die Kommunisten im Chor: „Auflösung! Auflösung!
Neuwahlen!“

Marx und Scholz beim Reichspräsidenten.

Nach der Annahme des Mißtrauensvotums durch eine
Mehrheit des Reichstages hat das Reichskabinett eine kurze
Beratung abgehalten, in der formal der Rücktritt des
Kabinetts beschlossen wurde. Der Reichkanzler begab sich
daraufhin zum Reichspräsidenten, dem er den Rücktritts-
beschluss des Kabinetts mitteilte. Der Reichspräsident nahm
die Demission an, dankte dem Reichkanzler und den Mit-
gliedern des Kabinetts für ihre Arbeit und beauftragte den
Reichkanzler und das übrige Kabinett mit der Weiter-
führung der Geschäfte.

Der Reichspräsident hat den Abgeordneten Scholz als
Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu
einer Unterredung gebeten. In parlamentarischen Kreisen
nimmt man an, daß der Reichspräsident dem Abgeordneten
Scholz nicht etwa den Auftrag zur Neubildung eines Ka-
binetts erteilen wird, sondern ihn um seinen Rat bitten
wird, insbesondere über die Frage, in welcher Richtung eine
Neubildung des Kabinetts mit der Aussicht auf Mehrheit
möglich ist.

Rundgebung der Deutschen Volkspartei.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiamtliche
Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt zum Sturz des Ka-
binetts Marx:

Die Minderheitsregierung ist gefallen, nicht weil ihre politi-
sche Leistung verlagert hätte, sondern weil die Parteien rechts und
links sich in dem Oranje, zur Macht zu gelangen, zu ihrem
Sturze zusammenschlossen. Die heftigen Angriffe, die die demo-
kratischen Kabinettsmitglieder durch einen Teil ihrer Partei er-
fahren haben, mußten diese unheilvolle Krise beschleunigen. Der
Stoß der Sozialdemokratie richtete sich gegen die Reichswehr,
gegen das einzige, dem Reiche verbliebene Machtinstrument.

Die Deutsche Volkspartei, die in jedem Stadium der Ver-
handlungen das Ziel der Schaffung einer tragfähigen Regierung
im Auge behalten hat, lehnt jede Verantwortung für diese die
Interessen des Vaterlandes schädigende Krise ab.

Die Berliner Presse zur Regierungskrise

Berlin, 18. Dezember. Die Berliner Morgenblätter nehmen
zum Sturz der Regierung ausführlich Stellung, wobei die Abwägungen
über die Schuld an der Krise einen weiten Raum einnehmen.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Die negative Taktik
der Deutschnationalen hätten die Bemühungen der Deutschen Volks-
partei um eine Rettung des Kabinetts Marx ebenso unwirksam gemacht
wie das Verhalten des Reichkanzlers und des Zentrums. Die Deutsche
Volkspartei habe auf diese Weise ihre volle Handlungsfreiheit für die
kommenden Verhandlungen wieder erhalten. — Die „Germania“
sagt: Das deutsche Volk verbankt diese Weihnachtskrise den Sozial-
demokraten und den Deutschnationalen. Daraus ergeben sich für das
Zentrum, das alles versucht habe, der Welt dieses blamable Schauspiel
zu ersparen, bestimmte Richtlinien. Es sei in seinen Entschlüssen völlig
frei, nach keiner Richtung hin gebunden und könne seine Entschlüsse
in voller Unabhängigkeit fassen. Selbstentfaltung und Herauf-

